



# Nueva Nicaragua Informe

18. Jahrgang

März 2021

Nr. 194

## In Nicaragua wird geimpft

Quelle: *La Voz del Sandinismo*



Das Gesundheitsministerium Nicaraguas gab am 1. März 2021 bekannt, dass ab 2. März die freiwillige Impfung gegen Covid-19 beginnt. Angewendet wird zunächst der Impfstoff Sputnik V, eine Schenkung der russischen Föderation. Am 6. März bekommt Nicaragua mit Hilfe Indiens aus der Covax-Initiative 135.000 Impfdosen AstraZeneca. Beide Impfstoffe waren in das Nationale Impfprogramm aufgenommen worden.

*niv*

## Von der 21. Tagung des Politischen Rates von ALBA-TCP

Quelle: *Prensa Latina*



Am 1. März 2021 berieten die Außenminister der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) in einer virtuellen Versammlung des Politischen Rates. Sie forderten die sofortige Aufhebung der Erpressungsmaßnahmen gegen Länder des Blocks. Die jüngsten Sanktionen der USA und der EU behindern im starken Maße den Kampf der Völker gegen Covid-19, speziell in Venezuela und Nicaragua.

Die Teilnehmer forderten ebenfalls die sofortige und bedingungslose Einstellung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba. ALBA-TCP verurteilte die Aufnahme der Karibikinsel auf die Liste der Unterstützer des Terrorismus seitens der Regierung der USA.

Die Allianz betonte erneut die Notwendigkeit der lateinamerikanischen und karibischen Integration sowie den Willen, den Folgen der weltweiten Krise, hervorgerufen durch die Pandemie des Covid-19, eine solidarische, koordinierte und gemeinschaftliche Antwort zu geben. In diesem Sinne forderte die Allianz vom internationalen Finanzsystem einen speziellen und für die kleinen Inselstaaten der Karibik differenzierten Vertrag, da sie besonders von den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen, die sich vor allem im dramatischen Rückgang der touristischen Aktivitäten widerspiegeln, betroffen sind. Der Tourismus ist für viele Karibikinseln Hauptwirtschaftszweig.

Die Allianz verurteilte die Hamstereinkäufe an Impfstoffen gegen die Pandemie seitens der mächtigsten Länder und verlangte eine gerechte Verteilung für die armen Länder. ALBA-TCP begrüßte den Beitrag Kubas im Kampf gegen die Pandemie, den die Inselrepublik trotz der USA-Blockade und der Verleumdungskampagne der internationalen Medien leistet.

Der Politische Rat bekräftigte seine Verpflichtung, in den Mitgliedsländern für die Lebensmittelsicherheit zu sorgen. Er nahm eine Reihe von Beschlüssen auf den Gebieten des Gesundheitswesens und der Bildung an.

*car/wup*

## Nicaragua: Putschpolitik ist nicht wählbar

*Von Fabrizio Casari für La Voz del Sandinismo*



Bevor Trump abtrat, verhängte er neue Sanktionen gegen Nicaragua... Eigentlich bringen die Sanktionen den USA keinen Gewinn. Sie dienen jedoch dazu, zwei Ziele zu verfolgen: Das erste ist wirtschaftlicher Natur. Man will einheimische und ausländische Investoren einschüchtern, die nationale und ausländische Kapitalbewegung unterdrücken und vor allem die Produktion der Betriebe bremsen und das Handelsnetz einschränken, um die systematische Entwicklung zu verlangsamen, das Wachstum zu verhindern und die

Ambitionen auf Modernisierung zu verringern. Das zweite ist politischer Natur. Die Sanktionen sind Teil des Destabilisierungsprojekts, das mit dem Putsch 2018 in Gang gesetzt wurde. Sie zeigen den Willen der USA, die politische und institutionelle Ordnung des Landes zu unterwandern und mit der Opposition zu spielen, die immer wieder um Sanktionen bettelt.

Das Projekt sieht vor, das Klima für einen Umsturz zu schaffen, zu dem auch Gewaltanwendung, politisches Chaos und Wirtschaftsboykott gehören. Ziel: Unterwanderung der bevorstehenden Wahlen im November 2021. Mit den Fonds der USAID und weiterer Organisationen, die vorgeben neutral zu sein, die aber, wie sie selbst sagen, eine Funktion auf dem Terrain zur Unterstützung der CIA erfüllen, plant man einen neuen Putschversuch, um die Regierung zu zwingen, Stärke zu zeigen und so die internationale „Solidarität gegen die Unterdrückung“ herauszufordern.

Washington will den Wahlkampf befeuern. Dafür verlängert es die Wirtschaftssanktionen und verstärkt die diplomatischen Angriffe. Washington verspricht Frieden und droht mit Krieg. Bis November 2021 soll Nicaragua in ein Chaos geführt werden, damit die Wahlen in einem Klima des geringen internationalen Vertrauens stattfinden. Die Medien übernehmen die Aufgabe, mit Falschmeldungen und Lügen ein Klima des unmittelbar bevorstehenden Bürgerkrieges, der allgemeinen Rebellion, zu schaffen.

Um die gemeinsame Operation der Putschisten und der USA zu erschweren, antwortete die sandinistische Regierung mit einem Gesetz, das die „Nichtwählbarkeit derjenigen, die einen Putschversuch leiten oder finanzieren, die Verfassungsordnung stören, die Sanktionen, Embargos oder militärisches Eingreifen gegen das Land fordern oder begrüßen“ verbietet. Das Gesetz beruft sich direkt auf die Verfassung, die feststellt: „Die Unabhängigkeit, die Souveränität und die nationale Selbstbestimmung sind unveräußerliche Rechte des nicaraguanischen Volkes und der nicaraguanischen Nation. Jede ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas oder jeder Versuch, diese Rechte zu untergraben, ist ein Angriff auf das Leben des Volkes. Es ist die Pflicht aller Nicaraguaner, diese Rechte zu verteidigen und zu bewahren.“

Das Gesetz ist eine Anwendung dieses Prinzips. Wenn jemand glaubt, dass es Gesetzhärte gegen die Opposition ist, dann muss er wissen, dass gleiche Formulierungen im Gesetz 192 enthalten sind, das die liberale Regierung von Violeta Chamorro am 10. Februar 1995 beschloss. Das Gesetz stellt also keine politische Verschwörung dar. Es wendet nur die Verfassungsdiktion an, die zu jeder Zeit angewendet wurde.

Das Gesetz bedeutet folgendes: Diejenigen, die eine alternative Politik, eine starke Kritik, ein Gegenprojekt zum Sandinismus vertreten, haben alle Möglichkeiten, das der Nation vorzuschlagen. Denjenigen, die glauben, wie eine fünfte Kolonne oder eine interne Front der USA operieren zu können, um das Land zu destabilisieren, wird ein Riegel vorgeschoben. Die Putschopposition protestiert, es ist aber für sie schwierig, an die Meinungsfreiheit zu appellieren. In allen Ländern der Welt wird das Angriffsbündnis mit dem Ausland, Verständigung mit dem Feind genannt,

## Ein Horrorjahr vermeiden

Wir werden sehen, ob sich etwas mit der neuen Regierung von Biden verändern wird. Das Weiße Haus in den Händen von Trump hatte zusammen mit den Putschisten einen ähnlichen Plan wie gegen Venezuela aufgestellt. Er soll für die nächsten Wahlen in Nicaragua aktiviert werden. Grundsätzlich sieht er folgende Schritte vor: Das Wahlergebnis und den gewählten Präsidenten nicht anerkennen. Das Gewaltpotenzial und das Chaos im Land erhöhen. Die politische Krise deklarieren. Eine innere parlamentarische Front errichten, die sich als institutionelle Gegenmacht präsentiert und fordert, international anerkannt zu werden. Einen Interims-Präsidenten ernennen und die internationale Gemeinschaft mit Hilfe der OAS und der EU auffordern, ihn als De-Facto-Präsidenten anzuerkennen. Sie suchen einen nicaraguanischen Guaidó.

Um die Wurzeln dieses subversiven Planes zu kappen, wurde das neue Gesetz in Kraft gesetzt. Mit ihm macht das nicaraguanische Parlament die USA darauf aufmerksam: Du wirst deine Söldner nicht in unser Parlament wählen lassen können, damit sie dann diese institutionelle Funktion für die Putschstrategie nutzen... Es ist nicht nur legitim, sondern notwendig zu verbieten, dass Leute oder politische Kräfte, die die Pläne der USA auf koordinierende und operative Art befürworten und von den USA politisch und finanziell abhängig sind, auf die Wahllisten kommen.

Die Putschpolitik will die gewaltsame Zerstörung des Systems. Sie spekuliert damit, dass die nicaraguanische Regierung die Geduld verliert und in den kommenden Monaten zu schärferen Maßnahmen greift. Man kann sich leicht vorstellen, dass die USA Sanktionen verhängen, wenn die Rechten sie darum bitten, dass die Rechten Geld bekommen, um die Gewalt zu fördern.

Der Sandinismus wird garantieren, dass sich der Wahlkampf in ordentlicher und friedlicher Manier entwickelt. Er wird mit der Kraft des Gesetzes und,

wenn erforderlich, auch mit Macht verhindern, dass in einem Klima der Spannung und des Terrors gewählt wird. Er wird, wie die Geschichte bewiesen hat, darauf achten, dass alle das Ergebnis der Wahlen respektieren.

Die netten europäischen Linken, die Sofakämpfer und Aperitif-Strategen kritisieren und zweifeln. Wir werden mit ihnen nicht über die Berechtigung des neuen Gesetzes debattieren. Jede Maßnahme, die den Frieden und den legitimen politischen Streit verteidigt, muss doch verstanden werden. Die europäischen Linken müssten doch wissen, dass die Forderung, den demokratischen Prozess in Nicaragua und den zu erwartenden Sieg der Sandinisten nicht anzuerkennen, eine Entscheidung der USA, der OAS und der EU ist. Warum erkennen sie den Kurs des Wahlkampfes nicht an? Weil sie dem demokratischen System die Legitimation nehmen wollen... Es geht nicht darum, ob die Wahlen gewonnen oder verloren werden. Es geht darum, den Sandinismus fertigzumachen. Dafür lassen sie keinen Versuch aus.

Die OAS verurteilte die Annahme des neuen nicaraguanischen Gesetzes zur Verteidigung der nationalen Souveränität. Das war zu erwarten. In einem Kommuniqué erinnerte sie an die Abkommen zur fachlichen Beratung für die Änderungen im Wahlgesetz. Sie vergaß aber, dass sie in Bolivien ihre politische und fachliche Glaubwürdigkeit sowie die Autorität ihres Generalsekretärs begraben hatte. Die OAS ist kein Ort für den Dialog und die kontinentale Zusammenarbeit. Sie ist eine politische Körperschaft, die sich der infamen Lima-Gruppe unterordnet, ein Hexensabbat lateinamerikanischer Regierungen, von denen sich einige in die Hände der USA, andere in die Hände des Drogenhandels und schließlich weitere in die Hände beider begaben.

Wenn jemand Veränderungen der Verfahrensweisen und Normen des nicaraguanischen Wahlprozesses beschließen kann, dann sind das die Nicaraguaner selbst. Keine ausländische Macht darf mittels ihrer Handlanger den Frieden und die Wahlen der Nicaraguaner stören. Sie sind die ausschließlichen Eigentümer ihrer Nation.

## **Das Wachstum sicher regieren**

In den letzten Tagen des verflommenen Jahres 2020 verabschiedete das nicaraguanische Parlament ein Gesetz, das festlegt, dass die Betriebe, die das Land mit Strom versorgen, in staatliches Eigentum überführt werden. Mit der Energie in den Händen der Gemeinschaft und nicht zum Wohle der Privaten, wird einmal mehr das solidarische und sozialistische Modell der Regierung untermauert. Das Programm der Eigentumsübergabe an nicaragua-

nische Familien wird fortgesetzt. 2020 wurden 26.000 Eigentumstitel übergeben. Vor zwei Monaten trat ein Gesetz in Kraft, das Cyberkriminalität ahndet und die Liste der Straftaten in der vorherigen Legislaturperiode aktualisiert. Das ist nichts Außergewöhnliches. In 57 anderen Ländern gibt es ähnliche Gesetze. Damit beweist die Regierung, dass sie die sozialökonomische Ebene und die Sicherheit ihrer Bevölkerung schützt...

Das Recht Nicaraguas, sich eine Zukunft zu geben, in der sich die Nicaraguaner verwirklichen können; in der sie sich den Traum erfüllen, die Armut und die Machtlosigkeit zu überwinden und für immer den Gedanken der Kapitulation über Bord zu werfen, ist unveräußerlich. Dieses Recht ist nicht verhandelbar. Die Nicaraguaner bestimmen, wie sie leben und regieren wollen. Und siegen, egal wer der Feind ist, dem sie die Stirn bieten.

\*\*\*

## CELAC muss OAS ersetzen

*Von Patricio Montesinos für Vision Sandinista*



Die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), der einheimische Solidarpakt des Großen Vaterlandes, muss die alte und von den USA manipulierte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ersetzen. Die OAS diente im langen Verlauf der Geschichte nur den Interessen der Regierungen des Weißen Hauses. Seit jeher hat sie die Staatsstreiche und die Konflikte in der Region befeuert.

Im Unterschied zur OAS wurde CELAC geboren, um die Einheit und den Frieden in Unserem Amerika mittels des Dialogs zu fördern, unabhängig von den politischen Unterschieden der Regierungen der 33 Länder, die zu ihr gehören. Selbstverständlich sind die USA nicht Teil dieser Gemeinschaft der unabhängigen Nationen. Das ist auch der Grund, warum die USA seit Gründung der CELAC, diese zerstören will. Und die OAS samt ihres Generalsekretärs Luis Almagro wurden Instrumente und Marionetten Washingtons, um dieses Ziel zu verfolgen.

Das „Ministerium der Yankee-Kolonien“, wie der historische Anführer der kubanischen Revolution Fidel Castro diese Organisation trefflich taufte, wurde zur Speerspitze gegen die fortschrittlichen Regierungen des Großen Vaterlandes, zur Animierdame der Putsche wie in Bolivien und zur Verteidigerin der Diktaturregimes in einigen Ländern. Die OAS wirkte bei Wahlfälschungen, fortgesetzten Aggressionen gegen Regierungen wie die von Venezuela, Nicaragua und Kuba mit. Sie schwieg angesichts der Verbrechen und der Unterdrückung gegen Völker Unseres Amerikas. Die OAS ist eindeutig eine feindliche Einrichtung, die nur und ausschließlich dem bekannten Hegemonieverhalten Washingtons dient: Das Große Vaterland soll auf ewig dessen „Hinterhof“ sein.

Im Unterschied dazu entstand CELAC auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, des Dialogs und der Zusammenarbeit. Und noch mehr: CELAC will verhindern, dass Unser Amerika sich heute in einen Pulverturm verwandelt und Kriegsschauplatz wird. Nachdem Mexiko am 8. Januar 2020 die zeitweilige Präsidentschaft von CELAC übernahm, kann und muss sich diese unabdingbare und legitime Gemeinschaft mit Hilfe vieler Regierungen wiederbeleben. Aktuell setzt sich die Regierung Argentinien für das friedliche Zusammenleben und die endgültige Integration der Region ein. Kuba war 2014 Gastgeber des II. CELAC-Gipfels. Damals wurde in Havanna Unser Amerika zur Friedenszone erklärt. Mexiko macht Hoffnung, dass ein vereintes Amerika wiedergeboren wird.

Chronisten stimmen darin überein, dass CELAC, heute mit Mexiko an der Spitze, berufen ist, auf schnellstem Wege die OAS zu ersetzen, die einmal mehr für Unstimmigkeiten, Konflikte und das Gesamtpanorama, das man heute vom Rio Bravo bis Patagonien erlebt, verantwortlich ist.

\*\*\*

## OAS: Der diplomatische Flügel der Staatsstreiche

*Von Fabrizio Casari für Vision Sandinista*



Im Oktober 2020 fasste die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) mit 20 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und 12 Enthaltungen einen antinicaraguanischen Beschluss. Er wurde auf Betreiben des Weißen Hauses erarbeitet und fordert die Regierung Nicaraguas auf, das Wahlsystem zu reformieren. Eine Provokation!

Es sei daran erinnert, dass die gleiche OAS die Wahlresultate von 2016 als korrekt anerkannte. Trotzdem hatte Nicaragua die OAS eingeladen, um über eine weitere Verbesserung des Wahlsystems zu beraten. Der jüngste Beschluss berührt also ein nicht existierendes Thema. Er wurde gefasst, um sich in das politische Innenleben des Landes einzumischen, obwohl die nicaraguanische Regierung mit der OAS mehr als ein Jahr zusammenarbeitete, ohne dass das Wahlsystem beanstandet worden wäre.

Das alles überrascht nicht... Der Sandinismus hatte auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung für ein gemeinsames Ziel, der OAS den Vergleich angeboten, um die Wahlprozesse zu optimieren. Die Regierung zeigte sich disponibel, weil es nichts zu verbergen gab. Und sie ist offen, obwohl sie sich wegen der Einmischung verschließen müsste. Die Möglichkeit zusammenzuarbeiten, um das Wahlsystem zu verbessern, hat sich jetzt in eine ausschließlich politische Angelegenheit verwandelt. Verantwortlich dafür ist der von den USA, Kanada, Kolumbien, Chile, Paraguay, Brasilien und Uruguay erzwungene Beschluss.

Eine Angelegenheit der Zusammenarbeit in eine Konfrontation zu überführen, bedeutet eine offene Kampfansage. Sie schließt sogar die Aufstellung des Kalenders und der Modalitäten der Reformen ein. Das soll bis Mai 2021 geschehen. Guten Willen gegen Konfrontation, Achtung gegen Bevormundung einzutauschen, wäre der größte Fehler, den die Regierung begehen könnte. Möglicherweise geht sie allein daran, das zu verbessern, was zu verbessern ist. Die OAS hat ihre Chance verloren, die Würde zurückzuerlangen, die sie in Bolivien verloren hat.

Mexiko klärte die OAS und ihren Generalsekretär Luis Almagro darüber auf, was sie sagen und machen dürfen und was nicht. Mit harten Worten erinnerte Mexiko die OAS daran, dass sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischen darf. Mexiko erinnerte die OAS an ihr Bündnis mit den Putschisten in Bolivien... Mexiko forderte den Rücktritt Almagros, der durch sein Verhalten diese Forderung selbst beschleunigt hat. Mexiko erklärte aber auch, dass eine Persönlichkeit der lateinamerikanischen Wirklichkeit, ein wirtschaftlicher, politischer, diplomatischer, militärischer, kultureller und demografischer Gigant zurzeit nicht bereitsteht, um die politische Rolle des politischen Kommissars, der nicht auf Befehl der USA handelt, auszufüllen.

Eine ähnliche Verurteilung und Kündigung veröffentlichte die Pueblo-Gruppe. Diese Gruppe genießt politisches und ethisches Prestige und analysiert die lateinamerikanischen Angelegenheiten ohne die Zustimmung Washingtons. Sie schätzte ein, dass die offene Konfrontation zunächst gegen Kuba und Venezuela, später auch gegen Nicaragua, in den Vorwurf des Wahlbetruges als Vorwand für den Putsch in Bolivien gipfelte. Diese Konfrontation ist unvereinbar mit der eigentlichen politischen Aufgabe der OAS. Eine Institution, die sich in der Krise befindet, die zeitweise als Machtinstrument der US-Außenpolitik dient, hat definitiv ihre Nützlichkeit für Lateinamerika verloren.

## Die Funktion der OAS

Die OAS spielt die Rolle des Assistenten der Politik des Weißen Hauses. Sie fälschte die Wahlergebnisse Boliviens, um den Putsch zu ermöglichen. Nachdem sie in den letzten Jahre militärische, parlamentarische und juristische Putschs zum Sturz der linken Anführer in Brasilien, Argentinien, Ecuador und Bolivien unterstützte, mischt sie sich jetzt in die Innenpolitik Nicaraguas ein.

Mit der Einmischung der OAS in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitgliedsländer, mit der Selbstbestätigung ihrer Rolle als Untersuchungsrichter und Vollstrecker, bricht die OAS ihr eigenes Statut und bewegt sich auf einem Terrain, das ihr nicht zusteht. Sie hat die Funktion der vielseitigen Kooperation für die regionale Integration verlassen, um die Rolle eines Spezialtribunals zu übernehmen, das Urteile fällt, die von den USA diktiert werden. Die Attacken auf Venezuela, Kuba, Bolivien und Nicaragua stellen nicht nur ein Verlassen der Funktion dar. Die OAS verfolgt die Absicht, dass die lateinamerikanische Gemeinschaft zum gebührenden Gehorsam und in den Ring der imperialen Militärstruktur der USA zurückkehrt.

Die OAS negiert das politische und ökonomische Projekt der Integration Lateinamerikas, damit der Subkontinent eine abhängige Variable der USA-Wirtschaft bleibt. Der Kern des Problems der OAS und der Lima-Gruppe ist der ideologische Mischmasch der lateinamerikanischen Ultrarechten, die aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht offen reden und agieren, sondern das sagen und tun, was ihnen die USA diktieren.

Die OAS müsste ein vielseitiges Forum sein, auf dem der Kontinent über die Integrationsprozesse berät und beschließt. Sie hat sich aber auf das Niveau eines Dienstleisters für das diktatorische Modell reduziert, das Washington in den 1970er Jahren auf dem Kontinent errichtete. Daraus folgt, dass die OAS das falsche multipolare Organ ist, das die Rechtsgültigkeit des demokratischen und Wahlprozesses, der auf der Achtung vor der Antwort an den Wahlurnen beruht, nicht anerkennt. Je nach Fall hat der ideologische Plan Vorrang vor dem Gesetz. Das haftet dem Putschmodell an, das von den USA als Vorzugsvariante für den Regimewechsel entworfen wurde.

### Der Putschplan von außen

Der Beschluss der OAS fordert, dass sich die Putschgruppen in Gesprächspartner der nicaraguanischen Regierung verwandeln dürfen, um das Wahlsystem zu verändern. Und nicht nur das. Sie sollen auch in den Institutionen vertreten sein. Es soll nicht so aussehen, dass sie zu Sprungbrettern der Aggression von außen werden. Das Geschenk der Vertretung in den Institutionen verwehrt ihnen die Regierung aus drei Gründen:

Erstens sind die Putschgruppen keine politischen Vertretungen. Sie sind nicht Ausdruck einer Partei, die zu Wahlen zugelassen ist. Mit welchem Kriterium kann also ein Oppositionsvertreter benannt werden, der keine eigene Vertretung ausweisen kann?

Zweitens haben diejenigen, die heute fordern, Teil des Kontrollorgans der Wahlen zu sein, die Ordnungsmäßigkeit der zwei vorangegangenen Wahlen nicht anerkannt und behauptet, dass die Regierung nicht verfassungskonform ist. Wie gehen wir mit denjenigen um, die sich selbst nicht anerkennen?

Drittens fordern sie, die Zusammensetzung des Obersten Wahlrates (CSE) zu ändern. Sie wollen denjenigen die Legitimation entziehen, die ihnen die Legitimation entzogen haben. Damit beabsichtigen sie, Niederlagen ungültig zu machen und einem Nichtlegitimierten den Sieg zuzusprechen.

Der Plan zeigt zwei verschiedene Lesarten an, aber beide sollen für den Obersten Wahlrat (CSE) formell gültig sein. Eine anerkennt die Resultate der nicaraguanischen Wähler, falls sie gewinnen. Die andere Lesart annulliert

die Wahlen, falls sie diese verlieren. Sie verurteilen dann aus dem CSE heraus den Wahlbetrug und versuchen, eine politisch-institutionelle Krise auszulösen, die den legalen Hintergrund dafür bieten soll, dass die internationale Öffentlichkeit das Wahlergebnis nicht anerkennt.

Wenn die OAS Zweifel an der Legitimität und der Volksunterstützung für die nicaraguanische Regierung hat, dann sollte sie die jüngsten Umfragen von M&R Consultores lesen: 66,1 Prozent der Befragten haben eine positive Meinung von der Regierung. 67,1 Prozent glauben, dass das Land wirksam durch die Gesundheitskrise aufgrund von Covid-19 geführt wird. 70,8 Prozent hoffen auf eine Zukunft mit der sandinistischen Regierung. Keine der neoliberalen Regierungen, die einmal Nicaragua lenkten, konnten annähernd solche Ergebnisse aufweisen.

Angesichts solcher Zahlen fragen wir uns: Welchen Einfluss will die OAS bei diesem Zuspruch der nicaraguanischen Wähler für ihren Präsidenten nehmen? Glaubt sie, das innere Gleichgewicht mittels äußeren Druck stören zu können? Ein Land von außen zu regieren, entspricht der kolonialen Logik der nicaraguanischen Rechten, die wegen ihres Charakters das Land hasen und Geld von denjenigen sammeln, die es für ihre Zwecke versklaven wollen. Der Beschluss der OAS dient ihrem Wohlstand. Er ist der hoffnungslose Versuch, die inneren Strukturen des Landes zu zerstören. Dieser Versuch kommt gerade in dem Moment, in dem die Putschopposition ihrem kollektiven Suizid nahe ist. Weil sie nicht in der Lage sind, das Land im Inneren anzugreifen, planen sie den Druck von außen.

### Wie soll das gehen?

Nicht ein Land von denen, die den Beschluss gegen Nicaragua fassten, kann von sich behaupten, bessere demokratische Noten zu besitzen als Nicaragua, im Gegenteil. Nicht eins von ihnen kann den demokratischen Lehrmeister spielen... Die Mehrheit von ihnen hatte in der Vergangenheit militärische Putsche und blutige Diktaturen, die nie wirklich überwunden wurden. Sie denken aber, sich an die Katheder der Demokratie stellen zu können und der FSLN Lektionen erteilen zu dürfen. Dabei ignorierten sie das Urteil der Umfragen und erkennen das an, was die Rechte in 16 Jahren der Rache dem nicaraguanischen Volk angetan hat.

Mit welchem Recht sprechen die Putschisten von Demokratie?

Darf eine Nachfolge-Regierung von Pinochet in Chile anderen Völkern die Demokratie erklären? Darf eine Regierung Piñera, die anordnete, in Chile

auf Demonstranten zu schießen, sich als Kritiker der Unterdrückung in anderen Ländern aufspielen?

Darf ein kriminelles Konsortium wie die kolumbianische Regierung, die Friedensverträge abschloss, um die Guerilla zu entwaffnen und um sie anschließend zu ermorden, den Mund aufreißen und über Demokratie schwadronieren? Die Visitenkarte von Duque (Präsident Kolumbiens), dem Komplizen der OAS, weist 250 Tote in wenigen, angeblich friedlichen Monaten auf.

Das verheerende Bild, das die OAS mit ihrer Teilnahme am Putsch in Bolivien (2019) gegen den legitimen Gewinner der Wahlen Evo Morales bot, hat ihr jegliche Restglaubwürdigkeit entzogen, obwohl in der Vergangenheit die vom Generalsekretär Almagro vertretene Position im Zusammenhang mit dem politischen Wahlpanorama in Nicaragua vernünftig erschien. Der aktuelle Beschluss jedoch beweist, dass es keine Bedingungen mehr dafür gibt, dass die OAS die Rolle des neutralen Beobachters bei den kommenden Wahlen in Nicaragua spielen kann.

Im Beschluss der OAS gegen Nicaragua wird nicht nur die Reformbarkeit des Wahlprozesses erwähnt, sondern auch die Dialektik zwischen der Regierung und der Opposition. Die OAS entpuppt sich als ein aktiver und feindseliger politischer Gegner der FSLN. Deshalb verwandelt sie sich in einen Akteur und nicht in einen neutralen Inspektor im innenpolitischen Spiel.

Daraus folgt, dass sie die institutionelle Voraussetzung einer regionalen multilateralen Organisation verlor und sich in eine politische Partei verwandelte, die eine Position der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer annahm. Sie missachtet ihr eigenes Statut und ihre eigentliche Daseinsberechtigung. Wenn die OAS fachkundig am Wahlprozess in Nicaragua teilnehmen will, dann muss sie ihre Tätigkeit, ihre politischen Ziele und Wechselbeziehungen radikal ändern.

Die OAS wird die liebevollen Beziehungen mit den nicaraguanischen Putschisten, die durch die Flure ihres Sitzes in Washington ziehen, um Verurteilungen und Sanktionen gegen ihr Land zu erbetteln, beenden müssen. Wenn die OAS eine politisch kriegerische Tätigkeit unterhält, dann verliert sie ihre Funktion und ihre Nützlichkeit. Dann kann sie sich in Washington versammeln und *TeleSur* einschalten, um zu sehen, wie die nicaraguanische Bevölkerung wählt. In Zeiten der intelligenten Arbeit wäre das eine Gratislektion in Fragen Demokratie per Kabel.

\*\*\*

## Energieversorgung

Quelle: La Voz del Sandinismo



Am Ende des Jahres 2020 meldete der Direktor des Nationalen Energieversorgungsbetriebes Nicaraguas (ENATREL) Salvador Mansell, dass 98,5 Prozent des nationalen Territoriums mit Strom versorgt werden. Im gleichen Jahr investierte der Betrieb 6,2 Milliarden Cordoba, um 515 Baumaßnahmen abzuschließen und 30.000 Straßenleuchten zu installieren. ENATREL antwortete schnell auf die von den Hurrikans Eta und Iota im November 2020 verursachten Schäden. 300.000 Wohnungen waren zeitweise ohne Strom.

Für 2021 besteht das Ziel, 99 Prozent des nationalen Territoriums mit Strom zu versorgen und 35.000 neue Straßenleuchten aufzustellen. Für die Ausführung von 471 Baumaßnahmen werden 6,5 Milliarden Cordoba veranschlagt. Außerdem sollen in diesem Jahr 5.000 Solar-Paneele in Río San Juan und den Karibikregionen Nord und Süd installiert werden. In Managua sind 16 Projekte des nationalen Verbundsystems vorgesehen. Die ländliche Elektrifizierung bewirkte einen sozialen und auch wirtschaftlichen Wandel für 3,5 Millionen Nicaraguaner, die Strom in ihre Haushalte und Gemeinden bekamen.

Mel/

## Die Indigenen-Gemeinde Sikilta verändert sich

Quelle: *La Voz del Sandinismo*



Der Bau einer Straße und ein Projekt der Energieversorgung tragen dazu bei, das Lebensniveau im indigenen Territorium der Mayangna Sauni Bas, im Gemeindebezirk Siuna an der Karibikküste Nord, zu verbessern. Dionicio Jarquin, Gemeindechef von Sikilta erklärte, dass die Gemeinde zufrieden mit den beiden Projekten ist. „Heute haben wir Sikilta verändert“, freute er sich.

„Als Indigene und Mayangna-Volk danken wir der Regierung für die Erfüllung ihres Versprechens, Strom und Straßen in unsere Gemeinden zu bringen“. Die Straße von Siuna nach Sikilta bietet gute Chancen für die Familien zu verreisen. Zuvor war die Reise nach Sikilta eine Odyssee. Von Siuna kam man nur bis in die Gemeinde Uly, wo man ein Boot nehmen oder zu Fuß am Ufer entlang nach Sikilta laufen musste. Das ganze dauerte vier Stunden.

Sikilta ist das Verwaltungszentrum des indigenen Territoriums der Mayangna Sauni Bas. Es besteht aus acht Gemeinden, die im Reservat Bosawás an der Karibikküste Nord liegen.

*ale/ana*

## **Inhalt:**

|                                                       |    |
|-------------------------------------------------------|----|
| In Nicaragua wird geimpft                             | 1  |
| Von der 21. Tagung des Politischen Rates von ALBA-TCP | 2  |
| Nicaragua: Putschpolitik ist nicht wählbar            | 3  |
| CELAC muss OAS ersetzen                               | 7  |
| OAS: Der diplomatische Flügel der Staatsstreiche      | 9  |
| Energieversorgung                                     | 14 |
| Die Indigenen-Gemeinde Silkita verändert sich         | 15 |

\*\*\*

Redaktionsschluss: 2. März 2021

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

---

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. NNI bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. NNI unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

---

## **Impressum:**

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)  
Dreesch 18, 17291 Grünow  
Telefon 039857-139003  
Email: ing-herrmann@online.de